

Ergebnisse + Perspektiven der Protestbewegung in Frankreich

Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Die Massenbewegung gegen Macrons neoliberale Renten-Gegenreform war sehr beeindruckend und eine bedeutende Erfahrung für die Arbeiterbewegung auch jenseits der Grenzen.

Für den 1. Mai 2023 ist nun ein letztes Aufbäumen geplant, nachdem das Gesetz per Notstandsartikel durchgedrückt wurde und der Verfassungsrat es im Weysentlichen abgenickt hat. Allerletzte Hoffnung ist ein zweiter Antrag linker Abgeordneter für ein nicht bindendes Referendum (RIP), über dessen Zulässigkeit eben jener Verfassungsrat am 3. Mai entscheiden will. Selbst bei einer Genehmigung durch die "Weisen" sind die Erfolgsaussichten jedoch gering.

Nüchtern betrachtet ist die Bewegung gescheitert und dieser (!) Kampf verloren. Doch das muss jedoch kein Grund zur Resignation sein. Wichtig ist jetzt, die Lehren aus dieser Erfahrung zu ziehen, denn die nächsten Angriffe von Macron und seiner Regierung sind bereits in der Pipeline (bzw. im Kanonenrohr, wie man heute in der "westlichen Wertegemeinschaft" sagen würde). Erstes Ziel: die weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in Richtung "Hartz 4 nach Pariser Art".

Die "weißen alten Männer" ("Gefährder" und "Fundamentalisten") Karl Marx und Friedrich Engels haben diese Situationen im "Kommunistischen Manifest" sehr treffend formuliert:

"Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf."

In diesem Sinne hier im Anhang drei von uns übersetzte Beiträge aus aktuellen "Kommunikationsmitteln" zur Frage:

- wieviel Munition die Bewegung noch hat und zur Referenduminitiative ("Rapports de Force" 17.4.2023 + "Lutte Ouvrière" 21.4.2023),
- was an Neuem in der Bewegung zu beobachten war (in Form von Stimmen von der Basis, "il Fatto Quotidiano" 6.4.2023),

- der massenhaften Beteiligung der Jugendlichen im weiteren Verlauf der Rentenproteste, auch wenn sie natürlich nicht so stark war wie beim Kampf gegen den prekären Erstanstellungsvertrag CPE 2006, in Form eines Interviews mit Salomé Saqué ("il Fatto Quotidiano" 6.4.2023).

**Mit solidarischen Grüßen,
GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER
26. April 2023**

„Rapports de Force“ 17. April 2023

Renten: Hat die Opposition gegen die Reform noch genug Munition, um zu gewinnen?

Stéphane Ortega

Mit der Verkündung des Rentengesetzes wenige Stunden nach dessen Bestätigung durch den Verfassungsrat und der anschließenden Ansprache an die Franzosen am Montagabend will Emmanuel Macron die Mobilisierung gegen seine Reform abwickeln. Doch ein Schlussstrich scheint unmöglich, wenn 64 % der Franzosen angeben, dass sie sich eine Fortsetzung der Bewegung wünschen. Die Aktionen, Streiks und Demonstrationen gehen weiter und warten auf den 1. Mai, dessen Stärke den weiteren Verlauf der Proteste weitgehend bestimmen wird.

"Es ist noch nicht vorbei", lautete der Titel des Kommuniqués der Intersyndicale ((d.h. der 8 im Protest vereinten Gewerkschaftsbünde)) am Abend, nachdem der Verfassungsrat das Rentengesetz bestätigt hatte. Zur gleichen Zeit begannen in den meisten großen Metropolen und in einigen kleineren Städten spontane Demonstrationen, die sich teilweise bis in die Nacht hinein hinzogen. Am nächsten Tag demonstrierten erneut fast 2 000 Menschen in Rennes. Einige hundert weitere marschierten am Abend im 19. Arrondissement von Paris oder in Lyon. Am Montagmorgen waren die Blockaden an den Eingängen der Pariser Abfallwirtschaftsbetriebe noch immer in Kraft, wo die CGT morgen über die Fortsetzung des Streiks in diesem Sektor entscheiden will. Zur gleichen Zeit wurde in Charleville-Mézières die Umgehungsstraße blockiert, was zeigt, dass der Streik noch nicht vorbei ist.

Als Bestätigung wurde für diesen Montagabend in Dutzenden von Städten ein Termin für Versammlungen vor den Rathäusern mit Töpfen in der Hand während der Ansprache von Emmanuel Macron um 20 Uhr angesetzt. Für morgen Abend ruft die CGT44 zu einer weiteren Demonstration in Nantes auf. Am Donnerstag, den 20. April, rufen die vier repräsentativen Gewerkschaftsverbände der SNCF zu einem starken Streiktag bei der Bahn auf, während die Führungsspitze der CGT dieses Datum und den 28. April zu Versammlungen und Aktionen machen möchte. Und das vor einem "außergewöhnlichen und populären Mobilisierungstag" am 1. Mai, zu dem die Intersyndicale aufgerufen hat.

Ein Wendepunkt für die Proteste gegen die Rentenreform

All diese Aktionen bestätigen die anhaltende Wut, die Weigerung, das Kapitel Rentenreform zu beenden, und das Ausmaß dessen, was die Mobilisierung in den letzten drei Monaten ausgemacht hat. Diese Mobilisierung kann nicht durch den Knalleffekt einer Fernsehansprache beendet werden. Dennoch lösen sie nicht die zentrale Frage, die sich die Gegner der Reform stellen: Wie kann die Regierung nach 13 landesweiten Mobilisierungstagen, an denen Millionen von Lohnabhängigen teilgenommen haben, zum Rückzug bewegt werden, wenn der Staatschef das Gesetz am Freitagabend verkündet hat? Zumal in seiner Rede aus dem Élysée-Palast heute Abend nichts auf seine Absicht hindeutet, das Gesetz rückgängig zu machen.

Das ist das Paradoxe an der Situation. Die Verabschiedung des Gesetzes bedeutet eine Art Sieg für die Regierung, aber die Reform wird laut einer am Montag, den 17. April veröffentlichten Elabe-Umfrage weiterhin von 69 % der Franzosen abgelehnt. Obwohl die Beteiligung an Streiks und Demonstrationen seit dem 6. April zurückgegangen ist (auch wenn sie sich immer noch auf einem sehr ansehnlichen Niveau), wünschen sich 64 % der Franzosen eine Fortsetzung der Bewegung. 45 % wollen sogar eine Verschärfung der Bewegung, obwohl die Abfolge verlängerbarer Streiks nach dem Aufruf, Frankreich am 7. März lahmzulegen, in der letzten Märzwoche zu schrumpfen begann. Sie wurde nur teilweise oder marginal in der Strom- und Gasindustrie, bei der SNCF und in der Abfallwirtschaft aufrechterhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Berufung auf das Beispiel des *Contrat Première Embauche* (Arbeitsvertrag für die erste Anstellung – CPE), als Jacques Chirac ein bereits erlassenes Gesetz aussetzte, wenig hilfreich. Das Wunder des CPE vor dem Hintergrund der Rivalität zwischen Sarkozy und Villepin bei den Präsidentschaftswahlen, die ein Jahr später stattfinden sollten, ist nicht automatisch wiederholbar. Zumal die Mobilisierung der Jugend diesmal nicht dasselbe Niveau erreicht wie 2006. Die Kräfteverhältnisse sind also andere. Daher die Äußerungen von Laurent Berger heute Morgen in „France 2“: *"Den Eindruck zu erwecken, dass man den Präsidenten zu einem Rückzieher zwingen könnte, hieße die Leute zu belügen."* Der CFDT-Chef scheint bereits vor dem Treffen der in der Intersyndicale verbündeten Gewerkschaften heute Abend nur noch auf den zweiten Referendumsantrag zu setzen, um die Mobilisierung mit dem Ziel des Sieges

fortzusetzen. Ohne diese Initiative für ein Referendum, deren Rechtmäßigkeit am 3. Mai vom Verfassungsrat geprüft wird, könnte die von Laurent Berger erwähnte "Anstandsfrist", bevor die CFDT andere Themen mit der Regierung diskutiert, am 4. Mai enden.

Ein sehr massiver 1. Mai, um neuen Sauerstoff zu tanken.

Es sei denn, es gibt einen außergewöhnlichen 1. Mai, zu dem die Intersyndicale aufruft. „*Eine Flutwelle des Volkes, eine historische, massive, familiäre und festliche Mobilisierung.*“ Das ist es, was Sophie Binet an diesem Tag erhofft, mit dem immer noch erklärten Ziel, die Rücknahme der Reform zu erreichen. Im Gegensatz zum *Référendum d'initiative partagée* (RIP) <Anm.1>, das in den Händen der "Weisen" ((des Verfassungsrates)) liegt, liegt das Datum des 1. Mai jedenfalls in den Händen der Arbeiter. Indem sie extrem massiv daran teilnehmen, können sie entscheiden, die soziale Realität erneut zu verändern. Und die Zukunft der Bewegung.

Denn nachdem die Polizei am 13. April 2023 landesweit 380.000 Demonstranten vermeldet hatte, würde die Rückkehr zu mehr als einer Million Menschen, die von den Behörden auf der Straße gezählt wurden, eine völlig neue Situation im Nachhinein einer Gesetzesverkündung schaffen. Dies würde das kurzfristige Ende der Bewegung weit weniger "unausweichlich" erscheinen lassen. Und es würde wahrscheinlich alle acht Gewerkschaftsbünde der Intersyndicale zwingen, zusammenzubleiben, um Folgemaßnahmen für den Ausdruck der Wut zu finden.

Sollte der Verfassungsrat das RIP in der Folgezeit für gültig erklären, würde eine neue lange Sequenz beginnen und die Regierung wäre nicht in der Lage, weiterzumachen. Dies ist natürlich keine Garantie für einen Sieg, würde aber erneut Möglichkeiten für die nächsten neun Monate eröffnen, in denen die Gegner der Rentenreform die für das RIP erforderlichen 4,8 Millionen Unterschriften sammeln können. Im Falle einer Ablehnung durch den Verfassungsrat wird die Lage unübersichtlicher und der weitere Verlauf der Bewegung ungewisser.

Anmerkung 1:

Der erste Referendumsantrag wurde vom Verfassungsrat abgelehnt, über den zweiten Antrag will er am 3. Mai 2023 befinden. Zum Prozedere schrieb die „**Neue Zürcher Zeitung**“ (www.nzz.ch) am 14.4.2023 (um 21:06) Folgendes:

„Sollten die Verfassungsrichter dieses Mal zu dem Schluss kommen, dass der Vorschlag den Grundfesten des französischen Staates nicht widerspricht, so bleibt den Initianten aber dennoch Arbeit, bis es allenfalls zu einer Volksabstimmung kommt. Das sogenannte «Référendum d'initiative partagée» (RIP) sieht vor, dass die Initianten – in der Regel Parlamentarier – die Unterschriften von einem Zehntel der Wahlberechtigten sammeln müssen, das heisst von 4,8 Millionen Franzosen.

Gelingt ihnen das in der Frist von neun Monaten, so muss das Parlament innerhalb der darauffolgenden sechs Monate über den Gesetzesvorschlag entscheiden. Tut die Legislative dies nicht, kann der Präsident darüber entscheiden, ob es dazu eine Volksbefragung gibt. Seit der Einführung dieses Instruments 2015 ist in Frankreich noch nie eine Volksabstimmung auf diesem Weg zustande gekommen.“

((Übersetzung + Anmerkungen: Gewerkschaftsforum Hannover))

*Interessant ist auch der abschließende Kommentar von „**Lutte Ouvrière**“ zu diesem letzten Strohalm Renten-Referendum, erschienen in ihrer gleichnamigen Wochenzeitung Nr. 2855 vom **21. April 2023**. (Online bereits am 19. April 2023)*

Das Kürzel dieser Initiative könnte man auch (im Englischen) als „Rest in Peace“ („Ruhe in Frieden“) übersetzen – mithin nicht als große Hoffnung, sondern als Abschiedsgruß an eine beeindruckende, aber nun dahinschwindende Bewegung...

RIP: Die Referendumsfalle

Inès Rabah

Der von der Linken eingebrachte Gesetzesvorschlag über die Durchführung eines Referendums mit geteilter Initiative (RIP), mit dem das gesetzliche Rentenalter von 64 Jahren in Frage gestellt werden sollte, hat nicht einmal die erste Hürde genommen.

Der Verfassungsrat wies den Vorschlag mit der Begründung zurück, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht über 62 Jahre hinaus festgelegt werden kann. Da das Gesetz zu diesem Zeitpunkt noch nicht verkündet war, lag das gesetzliche Rentenalter zu diesem Zeitpunkt immer noch bei 62 Jahren und der Text war somit überflüssig! Die Linke ahnte die Antwort des Verfassungsrats und legte daher einen weiteren ((besser formulierten)) Gesetzentwurf vor, der ein gesetzliches Renteneintrittsalter von mehr als 62 Jahren verbieten sollte. Diesmal hat der Verfassungsrat einen Monat Zeit, um zu antworten, und das Gesetz ist bereits verkündet worden. Der Antrag könnte also mit der Begründung abgelehnt werden, dass sich ein Gesetzesvorschlag zur Organisation eines RIP nicht auf ein Gesetz beziehen darf, das seit weniger als einem Jahr verkündet wurde!

Doch selbst im Falle einer positiven Antwort ist es schwer zu sagen, ob die Wähler über den Text abstimmen könnten. Denn dann müsste man innerhalb von neun Monaten die Unterschriften von 10 % der Wähler sammeln. Der Gesetzesvorschlag müsste dann innerhalb von sechs Monaten im Parlament behandelt werden. Und nur wenn diese Prüfung nicht stattfand, müsste der Präsident ein Referendum zu dem Thema anberaumen müssen.

Diese juristischen Argumentationen zeigen, wie sehr das politische System die Leitplanken vervielfacht, die eine Anfechtung einer Entscheidung der Exekutive verhindern. Der RIP wurde 2008 eingeführt und seither hat keiner der fünf Versuche zur Abhaltung eines Referendums geführt. Den Kampf auf diese Ebene zu stellen,

würde aber auch dazu führen, dass er zu einer Bürgerfrage wird und nicht mehr zu einer Forderung von Arbeitern, die sich weigern, zwei weitere Jahre Ausbeutung zu erdulden. Dies könnte es linken Parteien ermöglichen, die Illusion zu nähren, dass die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie ausreichen könnten, um ein arbeiterfeindliches Gesetz zu verhindern. Die Arbeiter dürfen sich von solchen Trugbildern nicht täuschen lassen und sollten sich nur auf ihre eigenen Kräfte verlassen.

((Übersetzung + Anmerkungen: Gewerkschaftsforum Hannover))

„il Fatto Quotidiano“ 6. April 2023

Frankreich: Was gibt es Neues von den Streikkundgebungen. Alle Botschaften (und Slogans), die von den Medien und Politikern in Europa ignoriert werden

Martina Castigliani

Aus der Ferne betrachtet mögen sie so aussehen wie viele andere. Aus der Nähe betrachtet erzählen sie eine andere Geschichte. **Aus den französischen Streiks geht etwas Neues hervor**, das wir noch nie zuvor gesehen haben. **Arbeit, Löhne, Wohlfahrt, Umwelt, Ungleichheiten**: Wir kennen die Forderungen, aber wir haben selten erlebt, dass sie alle zusammen und von einem einzigen Platz aus erhoben wurden. Sie vereinen alle Altersgruppen, Berufe und Hintergründe in einem Klima allgemeiner Unterstützung durch die öffentliche Meinung. In **Frankreich wird heute noch nach elf Wochen am Stück gestreikt**, ohne dass man weiß, bis wann und ohne dass man sich zu sehr darum schert. Eine kontinuierliche Mobilisierung, die aus vom Gewerkschaftsbündnis ausgerufenen **offiziellen Demonstrationen**, aber auch aus **wilden Blockaden** besteht, die einige Schlüsselsektoren der Wirtschaft betreffen (von der Müllabfuhr bis zu den Raffinerien). Und der Protest geht weiter, trotz der Mauertaktik von **Emmanuel Macron** und seiner Regierung, bei beinahe absolutem Schweigen der europäischen (und italienischen) Medien und Politiker. Aus diesem Grund können diese Proteste nicht ignoriert werden und auch nicht die Botschaften, die sie an Europa senden.

Slogans – Die Art und Weise, wie ein Protest zum Ausdruck gebracht wird, kann fast noch wichtiger sein als der Protest selbst. Die Schilder, Transparente und Slogans sagen viel darüber aus, was die Leute auf der Straße fordern und welche Kraft er in seine Kommunikation steckt. Und im Zeitalter der sozialen Netzwerke und Inhalte, die sich viral verbreiten können, ist der symbolische Aspekt noch wichtiger. Auf den Mauern von Paris findet man die Spuren der schärfsten Botschaften an die Macht: *"Macron hau ab, wir wollen deine Welt nicht!"*, ist eine der heikelsten. Dann: *"Fuck auf Macron!"*, **"Das Volk will den Sturz des Regimes"**, *"Macron, sie hassen dich alle!"*, *"Tod dem König!"*, *"Revolution evolution"*. Der Vergleich zwischen Macron und dem Sonnenkönig ist einer der meist zitierten: Das Staatsoberhaupt wird mit dem

absoluten Monarchen verglichen, der sagte: *"Der Staat bin ich!"*. Und dann wird natürlich die Französische Revolution heraufbeschworen: **"Ludwig XVI. haben wir enthauptet, mit Macron können wir neu beginnen"**, lautet einer der Lieblingsschöre der Schüler und Studenten. Und bei den Umzügen gibt es einige, die eine echte Guillotine aus Pappmaché mitgebracht haben. Die Plakate sind also fast zu gleichen Teilen auf die Anprangerung von Arbeit als Ausbeutung und den Alarm über den Klimanotstand ausgerichtet. Und vor allem wird der Begriff der Utopie verdreht: Utopisch ist nicht die Forderung, alles zu ändern, sondern so zu tun, als ob man mit dem derzeitigen System weitermacht. **"Utopisten auf die Beine "** ist einer der am weitesten verbreiteten Aufkleber, der ausschließlich in Rot gehalten ist. Der zweite lautet **"Wir wollen Zeit zum Leben"**, ein Slogan auf grünem Hintergrund mit einer aufgehenden Sonne. **"Leben oder arbeiten. Du musst dich entscheiden"**, steht in schwarzer Farbe an die Wände des Boulevard Voltaire gesprüht. Eine rote Fahne auf einem Transparent mit der Aufschrift **"Ein gewaltiger Wunsch nach Glück"** wurde mehrmals gesichtet. Alles, was das kapitalistische System auf die lange Bank geschoben hat (Glück, geistige Gesundheit, Freizeit), wird auf den französischen Plätzen zur Priorität und zum Ausgangspunkt des Aufbruchs. Sie schreiben: **"Unser Leben ist mehr wert als eure Profite"**, "Erhöht die Löhne, nicht das Rentenalter", **"Ihre Jachten werden mit unseren Streiks untergehen"**, "Nieder mit der Arbeit". **"(G)rêve encore"** ist das von den Studenten am häufigsten verwendete Wortspiel: das Wort Streik (*grève*) wird mit dem Wort Traum (*rêve*) verbunden, und das Ergebnis ist eine doppelte Botschaft: Wieder träumen, aber auch weiter streiken. Ebenso wichtig sind die Botschaften zum Klimanotstand: **"Für unsere ausgebeuteten Eltern und unsere sabotierte Zukunft"**, **"2 Jahre länger die Alten bei der Arbeit. Plus 2 Grad, die Jungen unter Wasser"**, **"Der Planet brennt"**, **"Macron soll die Umweltverschmutzer besteuern"**. Und es sind nicht nur die Worte: Der Tanz der Technoökologin Mathilde Caillard um die Welt hat die Runde gemacht, bei dem sie den Refrain **"Taxez les riches"** skandiert. Das heißt, 'Die Reichen besteuern'. Feministische Forderungen waren ebenfalls sehr präsent. Nur wenige stellten die Verbindung her, aber die Dutzenden von Aufklebern mit dem Slogan **"Nein heißt Nein"** erinnerten nicht nur an die Barrikaden, sondern griffen dieselben Worte auf, die in den Kämpfen um Zustimmung und Gewalt gegen Frauen verwendet werden.

Die Unterstützung der öffentlichen Meinung – Am 27. März, 24 Stunden vor dem zehnten Tag des Generalstreiks, räuspert sich einer der Eisenbahner im Bahnhof Anthony am Stadtrand von Paris, ergreift das Mikrofon und macht eine Durchsage: *"Morgen wird es aufgrund einer großen und sehr wichtigen Mobilisierung zu Störungen im Zugverkehr kommen."* Die Fahrgäste nickten teilnahmslos und lächelten. Seit fast drei Monaten sorgen die Streiks in den französischen Städten für Unannehmlichkeiten, aber auch heute noch gibt es eine **mehrheitliche Unterstützung für die Protestierenden**. So sehr, dass man es sich leisten kann, vor einem Publikum müder Pendler triumphale Verkehrsstörungen zu verkünden und nicht gelyncht zu werden. Ganz im Gegenteil. Die Mehrheit ist der Meinung, dass, wenn Du streikst, **Du es auch für all diejenigen tust, die nicht auf die Straße gehen können**. Dies erklärt die Hunderte von Spenden für den

gewerkschaftsübergreifenden **Streikfond** (der die Rekordmarke von 3 Millionen Euro überschritten hat) und die Dutzenden von anderen selbst organisierten Fonds. Laut einer vor zehn Tagen von Toulouna Henry durchgeführten Umfrage **befürworten 70 Prozent der Franzosen die Mobilisierung** (ein Plus von drei Prozentpunkten), und sechs von zehn Franzosen wollen, dass die Gewerkschaften weiterhin zum Streik aufrufen. Ein Klima transversaler Unterstützung, wie man es in Frankreich noch nie gesehen hat und das sich an den unmöglichsten Orten abzeichnet. Von den Universitäten bis zu den öffentlichen Ämtern, von den Müllmännern über die Professoren bis zur Welt der Kultur. Und so wird jede Gelegenheit zu einer guten Gelegenheit, die Streikenden zu unterstützen. Ein Beispiel gefällig? Vor einigen Tagen trat die norwegische Sängerin **Girl in Red** vor dem Pariser Olympia-Theater auf: An einer Stelle bat sie das Publikum ganz unschuldig, ihr ein Wort Französisch beizubringen. Das Publikum stimmte in den Refrain ein: **"Macron tritt zurück!"**. Mehr als 10 Minuten lang konnte sie niemand aufhalten.

Es gibt nicht einen einzelnen Kampf – die Unterstützung geht quer durch alle Gruppen, nicht zuletzt, weil **der Protest nun die Unzufriedenheit vieler verschiedener Bevölkerungsgruppen aufgegriffen und gebündelt hat**. Und er hat ihre Forderungen aufgenommen. Wer hätte das gedacht, die Konvergenz der Kämpfe", hieß es provokant auf dem Plakat einer Gruppe streikender Wissenschaftler bei einem der letzten Märsche. Und genau das ist das Bild dessen, was geschieht. Sie protestieren zwar gegen die Rentenreform, aber auch **gegen das neoliberale System** und den Sozialabbau auf europäischer Ebene. **Für die Erhöhung der Löhne**, gegen die Inflation und für Maßnahmen gegen die Ungleichheit. Sie fordern, dass so schnell wie möglich Maßnahmen **gegen den Klimanotstand** ergriffen werden. Was die Proteste eint, ist die Erkenntnis, dass die Zeit drängt und dass so schnell wie möglich gehandelt werden muss. Und nicht nur das. Auf den Plätzen und bei den Demonstrationen wird auch die Forderung laut, dass der Protest über die nationalen Grenzen hinausgeht. **„Feuer an den Grenzen“** ist eine weitere Aufschrift, die an den Mauern erschien. Die französischen Demonstranten wissen, dass ihr Protest allein nicht ausreicht. Und sie schauen sich an, was auf den Straßen und Plätzen in Großbritannien, Deutschland und Griechenland passiert. **Und auf das, was hingegen in Italien nicht geschieht.**

Eine Bewegung, die von Dauer sein soll. Und die Gelbwesten sind auch dabei. – Aber wie lange wird der Protest noch andauern? Die Sorge, dass die Proteste früher oder später enden werden, ist Sache der Politiker und Kommentatoren. Auf den Straßen wird die Frage stets mit einem Achselzucken abgetan: Die Wut sitzt so tief, so die gängigste Argumentation unter den Protestierenden, dass selbst ein Ende dieses Protests nur eine Vertagung auf den nächsten Protest wäre. *„Es ist nicht so, dass eine soziale Bewegung einfach enden kann“*, kommentierte ein Gewerkschafter gegenüber *ilfattoquotidiano.it* bei einer der Dutzenden von Protesten der letzten Wochen. "Jedes Mal lernen wir aus dem, was zuvor geschehen ist. Wir haben von den **"Nuit debout"**-Plätzen gelernt und dann von den **"Gelbwesten"**. Ersteres waren die sogenannten **"Nachts auf den Beinen"**-Aktionen: eine Protestbewegung,

die 2016 die französischen Plätze gegen die Arbeitsreform der **Regierung Hollande** füllte. Es war die Zeit von **"Occupy Wall Street"**, und die französische Erfahrung folgte der Welle der **Indignados** („Empörten“ in Spanien)), machte aber jenseits der Grenze nicht viel Krach.

Die Zweiten begannen ihre Proteste im Jahr 2018 und dauerten mehr als achtzehn Wochen: Sie begannen in ländlichen Vororten und vor allem außerhalb von Paris, um gegen die steigenden Lebenshaltungs- und Kraftstoffkosten zu protestieren. Sie wurden zu **regelmäßigen und in einem bestimmten Rhythmus durchgeführten Demonstrationen**, die die Regierung Macron dazu brachten, sich um eine partizipative Demokratie zu bemühen. Es waren die Gelbwesten, die die wilden Proteste, die unorganisierten Märsche, die Blockaden an Arbeitsplätzen und auf der Straße konsequent in die Tat umsetzten. Aktionen, die sehr direkt an das erinnern, was in diesen Wochen in **Frankreich** passiert ist.

"Wenn wir wissen müssen, wo die Leute protestieren", sagt einer der Aktivisten, die in den letzten Wochen auf der Straße waren, "benutzen wir eine Karte, die zur Zeit der Gelbwesten erstellt wurde und uns in Echtzeit zeigt, wo die Demonstrationen sind und wo die Polizei ist". So viele Dinge kommen von dort und so viele weitere sind hinzugekommen. Gemeinsam haben sie sicherlich das Ziel, dauerhaft zu sein, auch wenn es nicht immer viele sind. Auch wenn das Ergebnis niemals erreicht werden sollte.

Die Gewalt – Schließlich kann man die Proteste in Frankreich nicht verstehen, wenn man **die Gewalt** nicht berücksichtigt. Diese massive, von der UNO und den großen NGOs, die die Menschenrechte verteidigen, verurteilte Gewalt **der Polizei**. Die Demonstranten sind bereit, in wilden und nicht genehmigten Märschen zu protestieren, Schaufenster zu zerschlagen (fast nur von Banken und multinationalen Unternehmen) und Feuer im Herzen der Städte zu legen. Alle Demonstranten, unabhängig von ihrem Alter und dem Grad ihrer Militanz, sagen, dass sie sich auf der Straße sicher fühlen, wenn sie sich ausrüsten: Augentropfen, Kopftuch, FFP2-Maske und vielleicht einen Helm. **Bei jedem Generalstreik steigt die Spannung**, und die Regierung reagiert darauf mit der Mobilisierung einer großen Zahl von Einsatzkräften (allein bei der letzten Mobilisierung in Paris waren es 13.000). Zusammenstöße mit der Polizei waren zur Zeit der Gelbwesten an der Tagesordnung, aber auch schon früher, bei den Protesten in den Banlieues im Jahr 2005 (aber auch 2017). Bei den Demonstrationen der letzten Wochen gab es einen Punkt, an dem es kein Zurück mehr gab: die Repression bei den Protesten gegen den **Stausee Sainte-Soline**. Dort griff die umstrittene **Brigade Brav-M** ein: Agenten auf Motorrädern oder Quads beschossen die Demonstranten mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen, die mit LBD-Gewehren abgefeuert wurden. Infolge dieser Intervention und nachdem, wie die Zeitungen berichten, zwei Stunden lang der Zugang zu Hilfe verhindert wurde, fiel der Demonstrant Serge D. ins Koma und ist bis heute nicht wieder aufgewacht. Während die Regierung bestreitet, dass die Beamten jemals die Grenze überschritten haben, hat Amnesty International bei den Vereinten Nationen und dem

Europarat interveniert, um den Schutz des Demonstrationsrechts zu fordern. In Frankreich, im Jahr 2023.

Das hat einerseits zu kollektiver Empörung geführt, andererseits aber auch dazu, dass immer mehr Menschen aus Angst die Demos und Kundgebungen meiden. *"Wenn Du Gewalt gegen Jugendliche und Demonstranten ausübst, dann **musst Du Dich nicht wundern, wenn die Antwort gewalttätig ist**",* sagte ein 60-jähriger Beamter gegenüber *ilfattoquotidiano.it* vor dem Hotel de Ville in Paris, als er gegen die Repression protestierte. Wenn die Regierung weiterhin leugnet, dass sie es auf uns abgesehen hat, können wir nicht erwarten, dass wir diejenigen verurteilen, die sich widersetzen – und das mit allen möglichen Mitteln tun. Diejenigen aus den Banlieues sind fast entnervt: Es gibt Aktivisten, die seit Jahren die Straffreiheit der Agenten in den Vorstädten anprangern. *"Wo wart ihr denn vorher?"*, wagt jemand zu fragen. Sie erinnern sich auch daran, dass, als die Proteste in **Clichy-sous-Bois** oder **Saint Denis** stattfanden, die Zeitungen von Krawallen berichteten und es kaum Unterstützung gab. Aber das war früher, jetzt ist nicht die Zeit für Spaltungen. Die perfekte Zusammenfassung stammt von Jean, einem Jura-Studenten im ersten Semester an der Sorbonne, der auf einer der letzten hitzigen Versammlungen sprach: *"Ich höre Reden darüber, wie man die Regierung zum Einlenken bringen oder Macron schwächen kann. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass uns das nicht reicht. Sie müssen verschwinden und das System muss sich ändern. **Wir gehen auf die Straße, weil wir alles wollen!**"* Und es klingt ein bisschen wie eine der Inschriften auf den Holzplatten, die zum Schutz der Fenster einer Bank in der Nähe der Bastille errichtet wurden: *"Entweder die Welt oder gar nichts!"*

(Fett hervorgehobene Stellen wie im Original.)

Übersetzung, Einfügung in doppelten Klammern + Kursivsetzung:
(Gewerkschaftsforum Hannover))

„il Fatto Quotidiano“ 6. April 2023

"In Frankreich können die Jugendlichen den Erfolg des Streiks beeinflussen. Sie wehren sich gegen das System und gegen die Idee, ein Leben lang zu arbeiten. Und was das Klima angeht, wissen sie, dass keine Zeit mehr ist."

Martina Castigliani

Sie protestieren gegen ausgebeutete Eltern und eine zunehmend unsichere Zukunft. Sie fordern eine radikale Änderung des Systems und bewegen sich mit der Angst derjenigen, die das Gefühl haben, dass sie keine Zeit mehr haben. Während Frankreich in die elfte Woche mit Protesten gegen die von **Emmanuel Macron**

angestrebte Rentenreform geht, richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem die junge Generation, die sich den Protesten massenhaft angeschlossen hat. Und die, abgesehen davon, dass sie den Straßenaktionen neuen Schwung verleiht, nun auch etwas bewirken kann. Im Gespräch mit *ilfattoquotidiano.it* äußert sich **Salomé Saqué**, 27-jährige Autorin des Buches "**Soi jeune et tais-toi**" (Payote editions), das einen provokanten Titel trägt und eine Hommage an eines der Plakate vom Mai 1968 ist: "*Sei jung und halt die Klappe*". Saqué arbeitet als Journalistin für die investigative Online-Zeitung *Blast* und ist in den sozialen Netzwerken durch ihre ausführlichen Berichte über Wirtschaft, Umwelt und Rechte sehr bekannt geworden. Sie arbeitet auch für die Sender *France Info* und *France 5*.

Beginnen wir mit einer der komplexesten Fragen: Wie lange können die Streiks noch andauern?

Ich denke, dass die Proteste in nächster Zeit nicht abklingen werden. Wird er so intensiv bleiben? Das ist schwer zu sagen, aber es gibt eine tiefsitzende Wut und Unzufriedenheit, die sich nicht in wenigen Wochen beseitigen lässt.

Haben sich die jungen Leute erst mit Verzögerung an der Mobilisierung beteiligt?

Sie waren von Anfang an bei den Demonstrationen dabei, aber sie waren nicht in der Mehrheit. Es war Macrons Entscheidung, die Nationalversammlung nicht über die Rentenreform abstimmen zu lassen, die als Verweigerung der Demokratie interpretiert wurde, die ihre so massenhafte Mobilisierung auslöste. Jüngsten Schätzungen zufolge stellen sie etwa ein Drittel der Demonstranten.

Für welche Themen kämpfen sie?

Sie demonstrieren gegen die Rentenreform, aber sie haben auch andere Themen eingebracht: Prekarität, die Probleme am Arbeitsplatz, das Klima. Es sind Slogans wie „*Pas de retraite pas de planète*“ (Keine Rente, kein Planet“) entstanden, die mit dem Kampf gegen die globale Erwärmung in Verbindung stehen und die Untätigkeit Frankreichs in Sachen Klima angreifen. Und sie demonstrieren auch für ihre Familien: Auch wenn sie nicht diejenigen sind, die in nächster Zeit in Rente gehen werden, sind sie Zeugen der Notlage ihrer Eltern.

Welche Auswirkungen können sie Ihrer Meinung nach auf die Mobilisierung haben?

Sie stehen an vorderster Front und geben dem Protest einen zweiten Schwung. Ich denke, dass sie den Unterschied für den Erfolg der Mobilisierung ausmachen können. Sie haben eine andere Art der Beteiligung als die Älteren: Sie werden wahrscheinlich die traditionellen Gewerkschaftsstrukturen weniger respektieren, sie werden mehr an nicht genehmigten Demonstrationen teilnehmen und einige von ihnen werden in gewissem Maße radikaler. Dies kann dazu führen, dass sie sich noch mehr gegen die Repression der Polizei beziehen, die äußerst beunruhigend ist.

Verbirgt sich hinter ihrem Protest eine neue Art des Verhältnisses zur Arbeit?

Ja, sie haben einen anderen Blick auf die Arbeit als die älteren Menschen. Sie sind mit einem prekären Markt konfrontiert. Sie haben andere Zugangsbedingungen und sie kommen in einen Kontext des neoliberalen Systems, in dem der Arbeitsmarkt flexibel ist und die ökologische Krise das Verhältnis zur Konsumgesellschaft erschüttert. Und das mit dem Zwang zur Arbeit. Dies führt dazu, dass sich ein Teil der jungen Leute die Frage stellt, was sie im Leben machen wollen. Es gibt immer mehr junge Menschen, die das kapitalistische System und die Idee, ein Leben lang zu arbeiten, in Frage stellen. Auf den Demonstrationen gab es Slogans wie: *"Wir wollen unser Leben nicht damit vergeuden, es zu verdienen."* Und ich denke, das ist ziemlich repräsentativ für die Stimmung. Überall in Europa überdenken junge Menschen ihr Verhältnis zur Arbeit. Und sie geben der persönlichen Zeit und dem Gleichgewicht mit dem Privatleben den Vorrang. Das heißt nicht, dass sie nicht mehr arbeiten wollen, sondern dass sie anders, besser und vor allem für Dinge arbeiten wollen, die sie für sinnvoll halten. Auf den Demonstrationen wird der aktuelle Arbeitsmarkt, so wie er ist, in Frage gestellt.

Sind Ihrer Meinung nach junge Menschen als politische Akteure diskreditiert?

Sie werden bei vielen Themen nicht ernst genommen. Und das ist nichts Neues. Es hat schon immer eine Diskreditierung der Äußerungen junger Leute gegeben, weil sie per Definition weniger Erfahrung haben. Heute kommt dies vor allem in den Medien, in Büchern und im politischen Diskurs zum Ausdruck. Und sie sind Sündenböcke im Krisenfall. Diese Klischees sind schädlich. Wir müssen sie unbedingt überwinden, denn wir stehen vor einer noch nie dagewesenen Krise, nämlich der ökologischen Krise, und wir befinden uns in einer ganz besonderen Situation: Unsere Zukunft als junge Menschen hängt von den Entscheidungen ab, die heute von den Älteren getroffen werden. Es ist ein noch nie dagewesener Zeitpunkt, denn wir können nicht warten, bis es einen Generationenwechsel gibt, um eine neue Gesellschaft zu haben. Wir brauchen sofortige Veränderungen, um die Zukunft künftiger Generationen zu sichern. Und das ist für einen Teil der älteren Generation extrem schwer zu verstehen.

Während sie einen neuen Aktivismus an den Tag legen, bleiben sie weiterhin den Wahlurnen fern. Warum ist das Ihrer Meinung nach so?

Die heutige Mobilisierung in Frankreich zeigt, dass junge Menschen keineswegs desinteressiert sind und sich im Gegenteil auf ihre eigene Weise in der Gesellschaft engagieren. Sie nutzen einfach nicht die traditionellen Beteiligungssysteme wie Wahlen, Gewerkschaften und Parteien. Heute gibt es neue Methoden: Vereinigungen, Engagement im Internet, Boykotte oder Beteiligung durch die eigene Arbeit. Zum Beispiel durch die Wahl eines anderen Arbeitsplatzes. Es gibt einen Teil dieser Generation, der sich mit anderen Aktionsformen befasst, die für ältere Menschen manchmal unverständlich sind. Die historisch niedrige Wahlbeteiligung junger Leute hängt meines Erachtens mit mehreren Faktoren zusammen: zum einen

mit der allgemeinen demokratischen Atemlosigkeit und zum anderen damit, dass sie für die Politiker nicht interessant sind, da sie die Minderheit bilden: In Frankreich sind die über 60-Jährigen doppelt so zahlreich wie die 18- bis 29-Jährigen. Die Politikerinnen und Politiker wenden sich also an die älteren Menschen. Und wenn sie an der Macht sind, wie Macron, setzen sie keine Politik für die Jugend um. Und dann gibt es auch noch materielle Gründe: In Frankreich kann man nicht online wählen, und die Verfahren, um aus der Ferne zu wählen, sind nicht einfach. Und es gibt ein Informationsdefizit bei vielen Zwischenwahlen. Viele wissen nicht einmal, wann sie stattfinden.

Steht die Agenda der jüngeren Generation im Gegensatz zu der der älteren Generation?

Es gibt einen echten Generationenkonflikt, der sich in den Zahlen deutlich widerspiegelt. Bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben junge Leute in Frankreich vor allem für die radikale Linke gestimmt, eine Partei, die sich auf Themen wie soziale Gerechtigkeit, Antidiskriminierung und Ökologie in den Mittelpunkt stellt. Die über 65-Jährigen hingegen wählten konservativere Parteien, d. h. die republikanische Rechte oder die Partei von Emmanuel Macron, die heute eine sehr liberale Politik verfolgt. Diese sind eindeutig für die Erhaltung des Erbes der älteren Menschen und keineswegs für die Bekämpfung der globalen Erwärmung.

Hat sich Ihrer Meinung nach der Aktivismus der jüngeren Menschen ins Internet verlagert?

Ich denke, dass Demonstrationen immer noch eine sehr wichtige Rolle spielen. Jeder zweite Jugendliche in Frankreich hat bereits demonstriert, das ist eine sehr wichtige Zahl und sogar höher als in den 1970er Jahren. Es handelt sich um eine Mobilisierung, die den immer radikaleren Jugendlichen vorbehalten ist, da die Straße immer gefährlicher geworden ist. Mehrere Demonstrationen der letzten Zeit wurden von der Polizei mit großer Härte unterdrückt, auch Amnesty International hat darüber berichtet. Auch deshalb haben sich viele Jugendliche entschlossen, auf eine andere Art und Weise aktiv zu werden. Ich denke, das Internet spielt eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von Botschaften und der freien Meinungsäußerung. Und das haben wir auch bei diesen Streiks gesehen. Macrons Verhalten wurde auch von nicht-politischen Influencern mit Millionen von Abonnenten kritisiert. Und die haben eine Rolle bei der Mobilisierung junger Menschen gespielt.

Wie wirkt sich die Polizeigewalt auf die Mobilisierung der Jugendlichen aus?

Sie steigert die Wut. Und was noch wütender macht, ist der Umstand, dass die Regierung sie abstreitet. Der Innenminister ((Gérald Darmanin)) hat erklärt, dass es sie nicht gegeben hat. Aber jeder kann die Videos sehen und jeder kann es vor Ort sehen. Die Tatsache, dass die Regierung nicht nur nicht gegen Polizeigewalt vorgeht, sondern sogar leugnet, dass es sie gibt, ist sehr enttäuschend. Aber es kann auch abschreckend wirken: Es gibt junge Menschen, die nicht mehr hingehen

wollen, weil die Polizei zu gewalttätig ist und ihre Eltern das nicht wollen. Es ist also ein zweiseitiges Schwert.

Die Regierung zeigt keine Anzeichen für einen Rückzieher. Was also treibt die Jugendlichen dazu, wieder auf die Straße zu gehen?

Die Motivation ist nicht schwer zu finden, denn es gibt eine Unzufriedenheit, die von weit herkommt. Sie entspringt der Wut und der Enttäuschung eines Teils der französischen Bevölkerung, die mit einer ständig steigenden Inflation und einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen konfrontiert ist und Politiker sieht, die lügen. Die Wut wurde durch die Lügen und die Verachtung angefacht, die der Präsident der Republik selbst gezeigt hat. Und man hat den Eindruck, dass die Ungleichheiten nicht aufhören, immer größer zu werden.

Und auf praktischer Ebene?

Die Streikkasse ist stark angewachsen: Es handelt sich um Spenden von Leuten, die nicht auf Demonstrationen gehen oder die über die nötigen Mittel verfügen, so dass ein Teil des Geldes umverteilt werden kann. Dadurch wird der Streik aufrechterhalten. Und dann ist da noch die ziemlich massive Unterstützung durch die öffentliche Meinung. Wir haben schon erlebt, dass Streiks abgebrochen wurden, weil sich die Bewegung gespalten hat und weil sie stigmatisiert wurde. Diesmal klappt das nicht. Die öffentliche Meinung unterstützt die Demonstranten, die Regierung ist zunehmend in der Minderheit und eindeutig isoliert.

((Übersetzung + Anmerkungen: Gewerkschaftsforum Hannover))

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Frankreichs Präsident Macron will »Rentenreform« jetzt aber doch durchboxen – Gewerkschaften geschlossen im Widerstand](#)